

Einleitung	
1. Fluchtursachen.....	40
2. Die Sogfunktion der Diasporen.....	17
3. Der West-Balkan kommt	
4. Das Syrien-Drama	
5. Trampelpfade aus Afrika.....	11
6. Die Bundeskanzlerin winkt die Flüchtlinge rein, ihr „ohnmächtiges“ Warten an der Notbremse	
7. Weiterverteilen in der EU und Abschieben klappt nicht	14,19
8. Grenzen für die Integration	
Bekannte Integrationsprobleme	
Erfahrungen mit muslimischen Immigranten und besonders denen aus der Türkei.....	
Bildung als Schlüssel zur Integration.....	30,28,30,33
Der kulturelle Abstand	
Der Arbeitsmarkt als besondere Hürde.....	39
Ohne Arbeit kommt Armut	
9. Der neoliberale Traum von einer globalen Kultur	
10. Lügen zum Arbeitsmarkt und zur Demographie	
Zum Arbeitsmarkt	
Zur demographischen Entwicklung	
11. Die Rolle der Medien	
12. Noch ein Keil zur sozialen Spaltung.....	31,36
Die bittere Konkurrenz	
Wachsende Armut und Not in Deutschland	
Der soziale Graben wird immer tiefer	
Der Gefühlslage der Benachteiligten	
13. Der Pakt mit Erdogan: Aus dem syrischen Regen in die türkische Traufe.....	15
14. Die Kraft der Zahl: Wann sind Migranten in der Mehrheit?	

- 15. Die Zweite Völkerwanderung hat begonnen.....18**
- 16. Wenn der IS-Terror in Flüchtlings-verkleidung frei durch Deutschland reisen kann 3**
- 17. Immer mehr Flüchtlinge: Was kann es kosten?..... 8,16,19**

**Nachtrag zum Buch „Die Zweite
Völkerwanderung hat begonnen“
von Joachim Jahnke**

**16. Wenn der IS-Terror in Flüchtlings-
verkleidung frei durch Deutschland reisen kann**

Die deutsche Politik und die meisten Medien haben trotz entgegenstehender Informationen lange versucht, Flüchtlinge und Terroristen so zu trennen, als sei es geradezu undenkbar, daß sich unter die Flüchtlinge auch Terroristen mischten. Die Angst vor einem Umkippen der Stimmung in Deutschland schien schon panisch geworden zu sein. Der SPD-Vorsitzende Gabriel erklärte strikt, Terroristen hätten andere Schleichwege. Doch einer der für sie wahrscheinlich bisher sichersten Schleichwege ist nun mal, ohne größere Nachprüfung als syrischer Flüchtling registriert zu sein und dann unbehelligt und legal nach Deutschland und eventuell weiter durch Europa einreisen zu können. Niemand wäre so wahnsinnig zu behaupteten, daß Flüchtlinge Terroristen seien, nur weil sich solche unter ihnen versteckten. Wer aber die Grenzen nicht ausreichend sichern will, nimmt ein größeres Risiko der illegalen Einreise von Terroristen in Kauf.

Das zeigte schlagartig der konzertierte terroristische Massenmord durch acht IS-Täter in Paris am 13. November mit 129 Opfern und vielen Schwerverletzten. Dieser Anschlag war nach den Erkenntnissen aus Syrien heraus organisiert worden. Der IS hat mit dem Massenmord unschuldiger Menschen in Paris oder im Flugzeug nach St. Petersburg der westlichen Zivilisation den Krieg erklärt. Er kämpft mit seinen Filialen in inzwischen 16 Ländern nicht gegen die ganze Welt, wie uns Regierungen und Medien weismachen wollen, um

den religiösen Hintergrund aus der Diskussion zu nehmen. Wenn bei einem Massenanschlag des IS im Westen auch Muslime betroffen sein können, worauf bei uns immer wieder hingewiesen wird, so sind die für den IS nur ein Kollateralschaden, wie beispielsweise bei westliche Bombenangriffe gegen den Taliban die dortige Zivilbevölkerung.

Das Aufwachsen des terroristischen Islam ist kein Zufall, wie der britische Wirtschafts-Historiker Prof. Robert Skidelsky in einem Aufsatz ausführt: „Was katastrophal ist, ist der Zusammenbruch staatlicher Strukturen in vielen Ländern, aus denen die Terroristen kommen. Die islamische Welt hat 1,6 Mrd. Menschen oder mit 23 % fast ein Viertel der Weltbevölkerung. Vor hundert Jahren war es eine der friedlichsten Regionen; heute ist es die gewalttätigste.“ Ein Ende dieser höchstgefährlichen Entwicklung ist nicht abzusehen. Sie hängt vor allem mit Schwächen innerhalb des Islam zusammen, der seit etwa 200 Jahren keine Autorität zu seiner legitimen Interpretation mehr hat. Hellyer (Senior Fellow am Atlantic Council) schreibt dazu in der Financial Times, die einstige Hierarchie des Islam sei zerstört. Jeder könne heute religiöse Autorität beanspruchen und, wenn es kein vereinbartes System der Authentizität mehr gebe, wisse keiner, was gelte. Das erleichtert dem IS seinen terroristischen Anspruch.

In das Vakuum hinein exportiert besonders Saudi-Arabien, das Ursprungsland der Al-Qaida, seine archaisch brutale Form von Islam mit Strafen wie körperlicher Verstümmelung oder bei Frauen die Steinigung. Zur Steinigung kommt es immer wieder in vielen anderen islamischen Ländern wie Afghanistan, der indonesische Provinz Aceh, Iran, Irak, Jemen, Nigeria, Pakistan, Somalia, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Brunei. Viele muslimische Länder, die, wie beispielsweise einst Malaysia, eine relativ aufgeklärte Form von Islam hatten, haben nun mit diesen extremen

Formen zu kämpfen. Oft wird dieser Rückfall bei uns fälschlich allein dem Westen angelastet.

Die deutschen Medien haben tagelang versucht, den bei einem der Pariser Attentäter gefundenen syrischen Paß weg zu kommentieren und damit zu bestreiten, daß er auf der Balkanroute über die nicht ausreichend kontrollierte deutsche Grenze einreisen konnte. Da wurde der Paß als gefälscht bezeichnet, um ihn zu entwerten, oder als ein absichtlich irreführendes Manöver des IS ausgegeben, um angeblich Zwietracht zum Nachteil der Flüchtlinge zu säen. Dabei deckte sich das Photo von der Paßregistrierung in Griechenland mit dem des Attentäters und hatten die griechischen Behörden längst bestätigt, daß der Paß bei der Registrierung als Flüchtling verwandt wurde. Zudem stimmten die Fingerabdrücke von der Registrierung mit denen des Attentäters überein. Auch zwei weitere Attentäter waren nach griechischen und französischen Erkenntnissen über die Balkanroute gekommen und am gleichen Tage in Griechenland registriert worden. Vielleicht sind es noch mehr..

Ein weiterer potenzieller Attentäter oder Helfer war mit einem Auto voller Waffen auf dem Weg vom Balkan durch Deutschland nach Paris und konnte bei Rosenheim gestoppt werden. Doch nach dem Navigationssystem war das Fahrzeug zuvor bereits mehrfach nach Paris gependelt, vermutlich ebenfalls mit Waffen. Der Drahtzieher des Pariser Massenmordes Abdelhamid Abaaoud hatte sich in Griechenland aufgehalten und war mehrfach in Deutschland gewesen. Die Ermittler gehen davon aus, dass der Dschihadist innerhalb der vergangenen zwölf Monate mindestens zwei Mal von Syrien nach Mitteleuropa gereist war. Keines der Durchgangsländer hatte ihn auf der Einreise aus Syrien aufgehalten oder die französischen Behörden informiert. Der französische Innenminister beklagte sich bitter, daß Frankreich erst drei Tage

nach den Attentaten von einem außereuropäischen Geheimdienst über die Reise durch Griechenland informiert wurde.

Am 12. November beklagen sich die Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in einem öffentlichen Brief, daß sie wegen der enormen Arbeitsüberlastung und der von der Politik geforderten Beschleunigung der Asylverfahren das rechtsstaatlich vorgeschriebene Verfahren der Überprüfung der Authentizität von Auskünften der Flüchtlinge nicht mehr durchführen können und damit gezwungen seien, den Auskünften ungeprüft Glauben zu schenken. Behördenchef Weise schiebt, ebenfalls öffentlich, die Verantwortung der Politik zu: „Ich sehe, dass die Beschäftigten die ganze Zeit schon und noch jetzt unter Umständen arbeiten müssen, die nicht akzeptabel sind. Die Politik hat in dem Fall die Rahmenbedingungen zu nennen. Wenn sie uns Orientierung in dieser Form gibt, dann ist das gesetzlich und regel-einwandfrei. Was wir immer bedenken müssen: Was sind die Auswirkungen daraus?“ In der Folge der zelebrierten deutschen Willkommenskultur sind es für eine normale Überprüfung einfach zu viele Flüchtlinge geworden, die alle fast nur nach Deutschland wollen. Auch dieser Hinweis auf die amtlich offenen deutschen Tore dürfte beim IS angekommen sein.

Außerdem konnte ein großer Teil der Flüchtlinge total unregistriert nach Deutschland einreisen und hält sich damit illegal bei uns auf, wenn er nicht schon - ebenso unkontrolliert - weitergereist ist. Auch haben die Behörden keinen vollständigen Überblick, wer und wie viele sich in den Aufnahmelagern aufhalten. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer wies immer wieder auf diesen gefährlichen und unerträglichen Mißstand hin, wurde aber von den Medien als Alarmist verteufelt und von der CDU und besonders der SPD und erst recht der parlamentarischen Opposition als herzlos an die Seite gestellt.

Der Terror konnte (und kann?) also ziemlich frei durch Deutschland reisen. Wenn auch Flüchtlinge nicht unter Generalverdacht gestellt werden dürfen und meist selbst Opfer des IS sind, so sollte andererseits nicht verdrängt werden, daß sich einige von ihnen oder ihre Kinder durchaus noch eines Tages zu Terroristen entwickeln können, wenn die Integration nicht funktioniert und die Betroffenen verbittert sind und sich diskriminiert fühlen. So ist schließlich der Terrorismus unter in Frankreich lebenden muslimischen Migranten bodenständig hochgewachsen. Und nur so ist zu erklären, daß schon 700 deutsche Muslime zum IS in den „heiligen“ Krieg gezogen sind. Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt die Zahl der Islamisten in Deutschland („islamistisches Personenpotenzial“) insgesamt auf fast 44000. Die Zahl der Salafisten in Deutschland ist jüngsten Schätzungen zufolge auf 7900 Personen angestiegen. Etwa 1000 Menschen werden dem islamistisch-terroristischen Spektrum zugeordnet. Darunter sind 420 „Gefährder“, denen die Polizei ganz konkret einen Terrorakt zutraut.

Wenn die Zahl der Migranten bei uns so groß würde, daß viele nicht mehr in eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz kämen und in einer Parallelgesellschaft nach Scharia-Recht lebten, würde auch bei uns das Risiko des heimgezüchteten Terrorismus zunehmen. Schon jetzt sympathisiert ein nicht unerheblicher Teil der europäischen Muslime mit dem IS. Nach der Ermordung von 12 Journalisten bei Charlie Hebdo erklärten 27 % der britischen Muslime in einer Umfrage für die BBC, sie sympathisierten mit den Motiven hinter den Morden. Weitere 32 % meinten, sie seien von dem Anschlag nicht überrascht worden. Nur 68 % meinten, Anschläge wegen der Veröffentlichung von Bildern des Propheten seien niemals gerechtfertigt. 20 % waren der Auffassung, die westliche Gesellschaft sei mit dem Islam unvereinbar. Für Frankreich zeigte

eine Umfrage von ICM von Mitte Juli 2015, die nicht nach Religionszugehörigkeit differenzierte, daß dort 16 % aller Befragten mit dem IS sympathisierten (und sogar 27 % in der Bevölkerung zwischen 18 und 24 Jahren), also wahrscheinlich ein enorm hoher Anteil gerade unter den Muslimen. In Deutschland soll der Anteil der IS-Sympathisanten an der Gesamtbevölkerung nach dieser Umfrage unter etwa 1000 in Deutschland Befragten bei 3 bis 4 % gelegen haben. Wenn man unterstellt, daß besonders viele Sympathisanten auch in Deutschland aus der muslimischen Bevölkerung kommen dürften, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur bei 5 % liegt, so wäre auch das ziemlich viel.

Im Ergebnis muß gelten: Je besser wir die Migranten integrieren, umso besser ist es um unsere Sicherheit bestellt. Es muß aber auch gelten: Ein entgrenztes Deutschland unterwirft sich dem Terror umso eher. Europa kann nicht ewig in Angst vor dem nächsten Anschlag der gegen uns Krieg führenden Massenmörder leben.

17. Immer mehr Flüchtlinge: Was kann es kosten?

Die Flüchtlinge von heute sind bestens und aktuellstens über die Behandlung informiert, die sie in verschiedenen Aufnahmeländern erwarten können und bestimmen von daher ihr Reiseziel. Für die Wahl dieses Zieles gibt es die unterschiedlichsten Kriterien von den Chancen auf Asyl und Familiennachzug bis zum Zugang zum Arbeitsmarkt und - so lange der nicht möglich ist - den Hilfen, die zum Lebensunterhalt zu erwarten sind. Deutschland rangiert nach allen verfügbaren Daten weit oben auf der Liste der Länder, vor allem bei Syrern und vorgetäuschten Syrern, weil die Bundesregierung bei Syrern die Nichtabschiebung zugesagt und auch den le-

galen Familiennachzug mit sicheren Verkehrsmitteln bisher nicht gestoppt hat. Das gilt bei Syrern auch dann, wenn sie aus sicheren Herkunftsländern kommen, z.B. einem der grossen Flüchtlingslager in der Türkei. Bei den Geldleistungen ist Deutschland im Europa-Vergleich nach Norwegen Spitze, nachdem vor einiger Zeit das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung gezwungen rhatte, ähnliche Leistungen zu erbringen wie nach Hartz-4 bei deutschen Langzeitarbeitslosen (die teilweise vor ihrer Arbeitslosigkeit viele Jahre lang in die Sozialversicherung eingezahlt haben). Zusätzlich zu den 352 Euro/Monat für einen erwachsenen Flüchtling werden die Kosten für eine angemessene Wohnung übernommen.

Je länger die Flüchtlinge brauchen, um auf eigene Füße zu kommen, umso höher wächst der Einsatz des deutschen Staates. Durchschnittlich werden es im Erfolgsfall, wie in Schweden, mindestens sieben Jahre werden. Sollten mit der gewaltig steigenden Nachfrage nach Wohnraum die Mieten steigen, so wird auch das die Rechnung erhöhen, zumal die Flüchtlinge in die verhältnismäßig teureren Großstädte drängen. Hinzu kommen hohe Ausgaben für Sprachkurse, Kindergartenplätze, Schulen, Berufsausbildung, Gesundheit, Infrastruktur und mehr Beamte.

Die Gesamtkosten von Hartz 4 lagen im vergangenen Jahr bei 45 Mrd. Euro oder für jeden der 4,4 Mio. Empfänger durchschnittlich 10.227 Euro. Bei einer Million Flüchtlinge, die noch nicht im Arbeitsmarkt integriert sind, wären das allein für Unterhaltsleistungen entsprechend Hartz 4 etwa 10 Mrd. Euro. Es gibt inzwischen erste und noch vage Schätzungen zu den Gesamtkosten der Flüchtlinge. Der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Clemens Fuest noch im Oktober: „Wenn man annimmt, daß pro Jahr 800.000 Menschen zuwandern und diese im Durchschnitt innerhalb von zwei bis drei Jahren so in den Arbeitsmarkt integriert werden,

daß sie mit ihren Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen finanzieren, die sie erhalten, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von ungefähr 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr, solange der Zuwanderungsstrom anhält.” Das ifo-Institut hat die Gesamtkosten für dieses Jahr auf 21 Mrd. Euro geschätzt und dabei 1,1 Mio. Flüchtlinge unterstellt.

21 Mrd. Euro entsprächen immerhin etwa 17 % der Ausgaben des Bundes für Arbeit und Soziales in 2014, des größten einzelnen Haushaltstitels, oder etwa zwei Dritteln des Verteidigungshaushalts. Bei 31 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland entfielen auf jeden von ihnen eine Belastung von fast 700 Euro. Werden die Familien nachgeholt und rechnet man mit zwei bis drei Personen je Flüchtling zusätzlich, so wird die Belastung entsprechend steigen. Das gilt erst recht, wenn es sich bei den Angehörigen um ältere Zuwanderer handelt, die nicht mehr in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Kommen dann in den nächsten Jahren weitere Flüchtlinge, so steigen die Lasten entsprechend mit jeder zusätzlichen Million Flüchtlinge um etwa die gleichen Beträge, soweit nicht endlich mehr Abschiebung möglich werden sollte. Ohne eine Verminderung des Zustroms an Flüchtlingen würde selbst Deutschland als ein vergleichsweise wohlhabendes Land finanziell überfordert, und nicht nur praktisch beim Versuch einer Integration von Millionen aus völlig anderen Kulturen.

**Einzel-Nachträge zum Buch „Die Zweite
Völkerwanderung hat begonnen“
von Joachim Jahnke**

05. 12. 2015

Zu 5: Trampelpfade aus Afrika (S.14)

Weltweit sind nach dem Weltbevölkerungsbericht des UN Bevölkerungs-Funds (UNFPA) fast 60 Mio. Menschen auf der Flucht (Abb. 19051). Fast 15 Mio. sind in den letzten Jahren neu vertrieben worden. Mehr als die Hälfte von ihnen stammt aus Syrien, Afghanistan, dem Sudan und Somalia (Abb. 19052). Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele Flüchtlinge wie jetzt. Dabei halten sich nach UNFPA derzeit rund eine Milliarde Menschen in Konfliktgebieten auf, was etwa 14 % der Weltbevölkerung entspricht. Wie viele dieser Konfliktbetroffenen und potenziellen Flüchtlinge will die Bundeskanzlerin in ihrer unbegrenzbaren Vorstellung eigentlich aufnehmen?

Zu 8: Bildung als Schlüssel zur Integration (S. 30)

In Deutschland wird derzeit viel auf die Bildung der syrischen Flüchtlinge gesetzt. Bisher liegen dazu keine verlässlichen Daten vor. Selbstauskünfte sind nicht überprüfbar und Abschlüsse oft nur eingeschränkt vergleichbar. Die einzigen systematisch erfaßten Daten sind Umfragedaten der türkischen Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD) unter 12.000 Syrern ab 6 Jahren in der Türkei, die dort 2013 in den Lagern und außerhalb lebten. Sie zeigen fast 58 % ohne Schul- oder nur mit Hauptschulabschluß oder gar als

Analphabeten (Abb. 19017). Allerdings ist unbekannt, wie in dieser Statistik mit den Kindern ab 6 Jahren verfahren wurde, die ja noch Ausbildungsmöglichkeiten vor sich hatten. Auch dürften die nach Deutschland geflohenen Syrer ein etwas besseres Ausbildungsniveau haben. Auf jeden Fall scheinen einige in Deutschland verbreitete Behauptungen über das besonders hohe Bildungsniveau der Syrer, das angeblich sogar höher als das deutsche sein soll, dramatisch übertrieben zu sein.

In einem Bericht für die OECD vom Mai 2013 (Universal Basic Skills, What Countries Stand to Gain) fanden Hanushek und Wößmann aufgrund standardisierter Schülertests, daß ca. 65% der syrischen Schulabgänger nicht über Basiskenntnisse in Mathematik, Textverständnis und Logik verfügen. Damit gehört Syrien zu jenen der 70 untersuchten Länder, die ein vergleichbar schlechtes Schulsystem haben. Das gilt auch für die Länder des Westbalkan: In Albanien liegt der Anteil der Schulabgänger ohne Basiskenntnisse bei 59%, in Mazedonien bei 57% und in Serbien bei 39%. In Deutschland beträgt er 15%.

Im Interview in DIE ZEIT vom 5. 12. 2015 hat Wößmann weiter ausgeführt:

„Das heißt, dass zwei Drittel der Schüler in Syrien nur sehr eingeschränkt lesen und schreiben können, dass sie nur einfachste Rechenaufgaben lösen können. Und das bedeutet, dass diese Schüler in Deutschland, selbst wenn sie Deutsch gelernt haben, kaum dem Unterrichtsgeschehen folgen können. Die Ergebnisse sind eindeutig: Vom Lernstoff her hinken syrische Achtklässler im Mittel fünf Schuljahre hinter etwa gleichaltrigen deutschen Schülern hinterher. Und dabei liegt der Besuch in der weiterführenden Schule dort nur bei 69 Prozent. Die Ergebnisse sind eindeutig: Vom Lernstoff her hinken syrische Achtklässler im Mittel fünf Schuljahre hinter etwa gleichaltrigen deutschen Schülern hinterher. Und dabei

liegt der Besuch in der weiterführenden Schule dort nur bei 69 Prozent.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Mehrheit der jungen Flüchtlinge an einer drei Jahre langen Vollausbildung mit hohem Theorieanteil scheitern würde. Laut Handelskammer München und Oberbayern haben 70 Prozent der Azubis aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, die vor zwei Jahren eine Lehre begonnen haben, diese bereits wieder abgebrochen. Darum müssen wir ihnen andere Angebote machen; ihnen mehr Ausbildungsbegleiter an die Seite stellen; über teilqualifizierende Ausbildungen nachdenken, die stärker die praktischen Fähigkeiten betonen und die theoretischen Grundlagen begrenzen. Es gibt schon solche Berufe, etwa den Krankenpflegehelfer. Ähnliches muss auch in anderen Branchen möglich sein, bei Maurern zum Beispiel. Wir brauchen mehr einjährige Qualifikationen – mit der Möglichkeit, diese später in eine Vollausbildung auszuweiten.“

Doch wie viele der jüngeren oder auch älteren muslimischen Männer werden bei uns hart arbeitende und dennoch schlecht bezahlte Maurer oder Krankenpflegehelfer sein wollen? Schon unter den bisherigen Immigranten geben sich nur sehr wenige Muslime dafür her und leben stattdessen von Hartz 4.

Experten der Bundesagentur gehen jetzt davon aus, daß rund 90 % der anerkannten Flüchtlinge zunächst auf Hartz IV angewiesen sein werden, also nicht über eine ausreichende berufliche Vorbildung und ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Nach einer Umfrage des ifo-Instituts unter über 3.000 deutschen Unternehmen sehen diese das größte Beschäftigungspotenzial für Flüchtlinge als ungelernete Hilfsarbeiter. 41 % der Firmen sehen ein großes Potenzial für Flüchtlinge, in ihrer eigenen Branche als Hilfsarbeiter eingestellt zu werden. 59 % allerdings sehen auch dafür nur gerin-

ge Chancen. 37 % glauben an ein Potenzial, sie in ihrer Branche als Auszubildende einzustellen, 63 % jedoch nicht. Nur 22 % der Firmen könnten sich in ihrer Branche Flüchtlinge als Facharbeiter vorstellen, 78 % aber nicht. Nur 3 % der Unternehmen sehen ein Potenzial für Führungskräfte in den Flüchtlingen, 97 % jedoch nicht. Insbesondere geben die Unternehmen zu 92 % an, mangelnde Sprachkenntnisse seien ein Beschäftigungshindernis. Doch auch zu 71 % nannten sie ein mangelndes Qualifikationsniveau.

10. 12. 2015

Zu 7: Weiterverteilen in der EU und Abschieben klappt nicht (Seite 23)

Die britische Bevölkerung wehrt sich mit großen Mehrheiten gegen mehr Immigration und meint damit nicht nur Flüchtlinge sondern auch Medizin- und Versorgungstouristen aus den EU-Ländern am Balkan, die sich auf Kosten des nationalen Gesundheitssystem NHS heilen oder einfach vom britischen Sozialsystem versorgen lassen, ohne je mit eigenen Beiträgen dazu beigetragen zu haben. Die EU, und auch die Bundesregierung, haben bisher keinen Weg gefunden, um den Briten bei ihren Sorgen entgegen zu kommen.

Noch ist hier nicht bekannt, daß gerade erst das Bundessozialgericht zugunsten eines arbeitslosen Rumänen entschieden hat, jeder EU-Ausländer habe nach 6 Monaten Aufenthalt in Deutschland Anspruch auf Sozialhilfe für sich und seine Familie und brauche also nicht in sein Heimatland und dessen Versorgung zurückzukehren. Der Mann und seine Frau erhalten jetzt vom deutschen Staat ohne Arbeit das Doppelte dessen, was man in Rumänien als Industriearbeiter oder Lehrer verdient. Der Richterspruch wird nur weitere Migranten nach

Deutschland treiben und den Kommunen hohe zusätzliche Lasten aufbürden.

Schlimm auch: Die Mega-Flüchtlingsaufnahme der Deutschen auf besondere Einladung der Bundeskanzlerin droht, die Briten aus der EU zu treiben. In den Worten von Cameron aus dem heutigen „The Telegraph“ (Abb.):

„Die Kurzzeitreaktion der Briten zu der Flut an Migranten nach Europa wird sein zu denken ‚Hol mich hier raus‘ und zu erwägen, in der Volksabstimmung für den Austritt aus der EU zu votieren.“

Noch deutlicher bringt es die „London Times“ von heute mit der Überschrift „Die EU bricht zusammen, während Merkels Immigranten die 1 Million Marke erreichen“ (Abb.).

18.12.15

Zu 13: Der Pakt mit Erdogan (S. 50)

Es sollte ein innenpolitischer Befreiungsschlag sein, nachdem Merkel mit großen Gesten und der Zusage keiner Abschiebung immer mehr Flüchtlinge aus Syrien auf den Marsch nach Deutschland gebracht hatte. Erdogan soll nun 3 Mrd. Euro bekommen und dafür die Flüchtlinge an der Weiterreise über die türkische Grenze der Balkanroute entlang nach Deutschland hindern.

Jetzt aber sickert durch eine Meldung von Amnesty International durch, was dieser Deal für viele der betroffenen Menschen wirklich bedeutet. Amnesty International wirft der Türkei die Abschiebung von Flüchtlingen in das Bürgerkriegsland Syrien und in den Irak vor. Seit September hätten die Behörden Hunderte Flüchtlinge an der Grenze der Türkei festgenommen und sie vor die Wahl gestellt, entweder in ihre Heimatländer abgeschoben oder auf unbestimmte Zeit

festgehalten zu werden. Damit verstoße die Türkei eindeutig gegen internationales Recht und handele im starken Kontrast zu ihrer bisherigen sehr humanitären Haltung. Die Behörden würden die Flüchtlinge in Haftzentren im osttürkischen Erzurum und südtürkischen Osmaniye bringen und ihnen teilweise keinen Kontakt zur Außenwelt erlauben. Die Einrichtungen würden mit EU-Geldern betrieben. Bei sechs geplanten Aufnahmezentren für Flüchtlinge, die die Türkei im Rahmen des neuen Aktionsplanes mit EU-Mitteln einrichtet, handle es sich in Wahrheit um Haftzentren.

Aus türkischen Regierungskreisen hieß es allerdings, den Flüchtlingen werde der Wohnort nicht vorgeschrieben. Nur ein Bruchteil der Migranten werde aufgrund von kriminellen Machenschaften festgehalten. Doch wer will das nachprüfen. Schon der naheliegende Verdacht eines solchen Menschenhandels wiegt schwer. Außerdem behauptet Amnesty International, EU-Vertreter in Ankara hätten diesen Befund bestätigt. Von der Bundesregierung war bisher keine Stellungnahme zu bekommen.

Zu 17: Immer mehr Flüchtlinge: Was kann es kosten?

Rechnungen über die zu erwartenden sozialen Kosten der Versorgung der Flüchtlinge schockieren viele Menschen, auch wenn sie von den Autoren als verkraftbar deklariert werden. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht in einer neuen Studie im günstigsten Fall von jährlichen Aufwendungen um 25 Milliarden Euro aus. Zu einem ähnlichen Ergebnis waren kürzlich die Wirtschaftsweisen gekommen. Für den finanziell günstigsten Fall nahmen die Wirtschaftsweisen an, dass ab 2018 nur noch 360.000 Flüchtlinge jährlich nach Deutschland kommen und 70 Prozent dauerhaft bleiben. Aber wie realistisch ist eine Verbleibequote von nur 250.000? Und selbst

25 Mrd. Euro sind schon sehr viel mehr als die Einnahmen des Solidaritätszuschlags von 15 Mrd. Euro.

22.12.15

Zu 2: Die Sogfunktion der Diaspora (S. 9)

Zuwanderer müssen nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern in Deutschland oft große Abstriche beim Lohn hinnehmen. In den ersten beiden Jahren in einem neuen Job bekommen sie nur zwischen 55 und 61 % des Verdiensts ihrer deutschen Kollegen und selbst nach sechs bis zehn Jahren erreichen Migranten nur zwischen 71 und 78 % des Niveaus von Deutschen. Selbst nach 10 Jahren bleibt eine durchschnittliche Lohndifferenz von 14 % zum Nachteil der Migranten (Abb. 19066). Dementsprechend sind Migranten, selbst wenn sie einen Arbeitsplatz haben, erheblich auf Zahlung aus Hartz-IV angewiesen und können nicht durch ein angemessenes Steueraufkommen zu den öffentlichen Haushalten beitragen.

Das IAB hat auch herauszufinden versucht, wie konzentriert auf Diasporen die Migranten leben und welchen Einfluß diese Konzentration auf ihre Arbeitsmarktchancen hat. Dazu wird die Verteilung aller Erwerbspersonen auf die ethnischen Herkunftsländergruppen mit den durchschnittlichen Anteilen einer bestimmten ethnischen Gruppe auf Kreisebene verglichen (Abb. 19067). Es ist deutlich zu erkennen, dass Migranten häufig in einem Umfeld leben, in dem die Konzentration der eigenen ethnischen Gruppe relativ groß ist. Beispielsweise wohnt ein türkischer Zuwanderer in einem Kreis, in dem im Schnitt 3,7 % andere Türken leben, obwohl der Anteil der Türken unter allen Erwerbspersonen nur 2,5 % beträgt; oder ein Südosteuropäer lebt in einem Kreis, in dem

im Schnitt 2,7 % andere Migranten aus Süd-osteuropa wohnen, obwohl der durchschnittliche Anteil dieser Gruppe gerade mal 1,5 % aller Erwerbspersonen ausmacht. In den ersten fünf Jahren nach dem Zuzug ist der Anteil an Migranten, die in Bildung investieren und in einer ethnischen Umgebung mit niedrigem Bildungsniveau leben, im Schnitt um 16 bis 17 Prozentpunkte niedriger als bei Landsleuten, die in einer ethnischen Umgebung mit hohem Bildungsniveau leben. Informations- und Suchkosten für Arbeitsplätze sinken tendenziell mit der Größe eines ethnischen Netzwerkes. Andererseits sinken aber dadurch die Anreize für Bildungsinvestitionen, etwa die Sprache des jeweiligen Zielandes zu erlernen. Gute Sprachkenntnisse sind aber nicht nur für die gesellschaftliche Teilhabe von großer Bedeutung, sie beeinflussen auch die Arbeitsmarktchancen erheblich, etwa die Aussicht auf besser bezahlte und stabile Beschäftigungsverhältnisse.

28. 12. 2015

Zu 15: Die Zweite Völkerwanderung hat begonnen (S.54)

Es gibt es kaum Anzeichen, daß der Andrang abebbt, zumal in der ganzen Welt schon ca. 60 Mio. Flüchtlinge unterwegs sein sollen. Sie kamen auch im Dezember noch mit einer Tagesrate von etwa 3.000 (oder eine Million pro Jahr) nach Deutschland. Mehr als 3.700 Flüchtlinge sind 2015 im Mittelmeer quasi vor den Augen der Europäer ertrunken. Weder der Außenschutz der EU-Grenzen, noch die Umverteilung der Flüchtlinge funktionieren. Die Bundespolizei registriert längst nicht alle Flüchtlinge, weil in Bayern der Andrang zu groß ist. An vielen Straßenübergängen wird überhaupt nicht

kontrolliert. Zudem fehlt es der Bundespolizei an Personal und Know-how, um effektiv gegen Schleuserbanden vorzugehen.

Zu 7: Weiterverteilen in der EU und Abschieben klappt nicht

Der dänische Regierungschef Rasmussen hat jetzt eine Überarbeitung der Genfer Flüchtlingskonvention ins Gespräch gebracht: „Wenn die Flüchtlingszahlen weiter in dem Maße ansteigen wie bisher, wird der Moment kommen, wo über eine Anpassung der Spielregeln gesprochen werden muß“. Rasmussen sagte in dem Interview, zu klären seien insbesondere die Rechte der Flüchtlinge im Erstaufnahmeland. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Uno-Konvention von 1951 es Flüchtlingen selbst nach einem mehrjährigen Aufenthalt in einem Erstaufnahmeland noch ermögliche, in Europa Asyl zu beantragen. Die Europäische Union sollte sich um eine Modifizierung der Flüchtlingskonvention bemühen.

02.01.16

Zu Merkels Neujahrsansprache: Die neoliberale Ökonomisierung der Politik und die Immigration

Es ist ein durchgehender Zug unserer neoliberal gewandelten Welt, Alles in ökonomischen Dimensionen vermittelt zu bekommen, als könnten und müßten wir es nur so begreifen: Alles ist als Investment zu beurteilen, Alles muß sich rechnen, um Geltung zu bekommen. Wir investieren per Bildung in unsere ökonomische Zukunft und bilden uns nicht mehr, weil wir uns nach Bildung sehnen. Selbst Ehen und Kinder sind häufig Investments, die sich auszahlen müssen. Kinder, die sich nicht rechnen, werden nicht mehr geboren.

Früher hätte man Flüchtlinge aus mitmenschlichem Mitgefühl aufgenommen. Heute erklärt uns die Regierung aber, daß es ein profitables Investment in unsere Zukunft sei. Das heißt ja dann auch: Je mehr kommen, umso größer der Profit. Dabei verschweigt uns die Regierung, daß eine ganze Menge, vor allem der für uns angeblich besonders profitablen Syrer, freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wird, wenn der Krieg dort zu Ende ist, und daß sie sich schon deshalb nicht den Mühen einer Integration unterziehen werden. Das ist dann kein gutes Investment, weil wir nur auf den zwischenzeitlichen Kosten sitzen bleiben. Und weil es das ökonomische Argument schwächt, wird die Rückkehrmöglichkeit von der Regierung in ihrer ökonomischen Darstellung und Sinnweisung einfach ausgeblendet.

So sagte uns die Bundeskanzlerin gerade in ihrer Neujahrsansprache:

"Von gelungener Einwanderung aber hat ein Land noch immer profitiert - wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Ich bin überzeugt: Richtig angepackt ist auch die heutige große Aufgabe des Zuzugs und der Integration so vieler Menschen eine Chance von morgen."

Warum muß die Bundeskanzlerin, die oft bewunderte Willkommenskultur vieler Deutscher ökonomisch als profitables Eigeninteresse darstellen und damit entwerten und das ausgerechnet zum Beginn eines neuen Jahres? Merkt sie nicht, daß das bei den Flüchtlingen den Eindruck erwecken muß, Deutschland müsse ihnen danken, nicht umgekehrt?

Und noch etwas: Die neoliberal globalisierte Welt verdrängt dort, wo sie - wie in Deutschland - besonders hart zuschlägt, die nationalen Gefühle, die für sie keinen ökonomischen Wert haben und eher einen negativ störenden. Die Begeisterung der deutschen Eliten für "Multikulti", vor allem bei den Grünen, hängt genau damit zusammen. Die

Ökonomisierung aller Beziehungen soll auch solche Nationalgefühle abwürgen. Den kleinen Leuten soll ihr Kiez genommen werden, der letzte Ort eines möglichen Widerstandes. Wurzellos und entnationalisiert sollen sie noch bequemer manipulierbare Werkzeuge der neuen Zeit werden. "Pegida" wird zum absoluten Feindbild unserer Gesellschaft hochstilisiert. Der britische Erfolgsautor Parsons, ein autodidaktisches Arbeiterkind, sagt dazu im Interview mit der Münchener Abendzeitung:

"Wir hatten im Jahr vor den Olympischen Spielen schlimme Ausschreitungen in London. Die Menschen kehrten gewissermaßen in ihre Volksgruppen zurück: Die Schwarzen standen zusammen, die Sikhs, die Weißen, getrennt nach Klassen, auch. Und ich hatte das Gefühl: Wo ist mein Stamm? Ich lebe in einem großen Haus im Stadtteil Hampstead, meine Wurzeln sind aber die Arbeiterklasse, ich verstehe ihre Instinkte, ihr Ethos, ihren Patriotismus, ihre Vorurteile. Aber ich kann nicht mehr behaupten, ein Teil von ihnen zu sein. Ich lebe im Exil. Sie wohl bald auch. Warum begehen sie (gemeint sind die Deutschen) eigentlich nationalen Selbstmord? Was sie machen ist doch tragisch.

Für mich ist das Verhalten ihrer Regierung näher am nationalen Selbstmord als ein großartiger Akt menschlicher Barmherzigkeit. Ich denke etwas, was sich Frau Merkel wahrscheinlich nicht denkt, weil sie keine Kinder hat. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft werden nicht unbedingt jetzt spürbar sein, weil die meisten Aufgenommenen ja dankbar sind. Aber was passiert, wenn Deutschland es nicht schafft, die Menschen zu integrieren? Dann erzeugen sie eine ganze Generation frustrierter, entwurzelter Menschen. Das ist gefährlich. Immigration ohne Integration funktioniert nicht. Ich hoffe natürlich sehr, dass meine Befürchtungen falsch sind, aber ich glaube, dass die deutsche Gesellschaft in 20 Jahren,

homophober, antisemitischer und frauenfeindlicher sein wird als heute. Und das wäre schrecklich.”

10.01.16

Zu 8. Erfahrungen mit muslimischen Immigranten und besonders denen aus der Türkei (S. 25)

Die Zahl der Anzeigen wegen der Bandenkriminalität gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht ist fast auf 400 gestiegen, eine unglaubliche Zahl, die tief bedrückt, zumal auch in mehreren anderen Großstädten ähnliche Delikte bandenmäßig begangen wurden (insgesamt fast 560 Anzeigen aus 6 Städten). Man vergißt zu leicht, das bandenmäßiges Machotum von islamischer Seite durchaus nicht neu ist und die Bundesregierung dieses Risiko mit der Öffnung der Grenzen für Millionen von muslimischen Flüchtlingen enorm vergrößert hat, ohne gleichzeitig die Sicherheitsbehörden ausreichend aufzurüsten. Man vergißt auch zu schnell, daß die Bundeskanzlerin selbst, indem sie sich für Selfies umarmen ließ, bei neuankommenden Muslimen einige Mißverständnisse erzeugt haben kann.

Machotum mit Bandenbildung gibt es natürlich seit Langem in unterschiedlicher Ausprägung in vielen Kulturen, auch “No-go-Areas”, wo vor allem unbegleitete Frauen sich nicht aufhalten sollten. Das Besondere an den muslimischen “Machos” ist die religiöse Unterlegung und Rechtfertigung durch den Islam. Eigentlich ist das eine alte Erfahrung, aber Deutschland muß sie nach Köln neu lernen: In Gruppen lebende alleinstehende muslimischer Männer im jugendlichen Alter lassen sich nur sehr schwer oder kaum integrieren und stellen in diesen Gruppen ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die deutsche Öffentlichkeit dar. Erst

die Gruppenstruktur, in der sie sich stark fühlen und notfalls untertauchen können, macht diese Männer gefährlich. Eine massenhaft konzentrierte Unterbringung in bestimmten Vierteln deutscher Großstädte bringt die gefährlichen Gruppen ins Leben. Wenn diese Migranten in ihrer Gruppenstruktur ohne erfolgreiche berufliche Vorbereitung und daher langfristig ohne Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bleiben, ist Kriminalität sehr oft fast unvermeidbar.

Die Vorgänge in der Sylvesternacht haben zudem gezeigt, wie solche Gruppen untereinander vernetzt sind, wie auch der Justizminister vermutet, und damit noch gefährlicher werden. Selbst in den Asyl- und Flüchtlingsunterkünften, quasi unter den Augen der deutschen Behörden, sammeln sich Straftäter an. Das hat zuletzt der Fall des Pariser Attentäters gezeigt, der zuvor in einer Asylunterkunft in Recklinghausen gelebt hatte. Er konnte sich in Deutschland unbehindert unter vier Aliasnamen und vier verschiedenen Staatsangehörigkeiten registrieren, war schon mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten und hatte in der Flüchtlingsunterkunft das Zeichen des IS an die Wand gemalt.

Auch zeigen die ständigen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Flüchtlingsheimen ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Schon das sollte eine Warnung sein, was da auf Deutschland durch junge muslimische Männer, die sich illegal Zugang nach Deutschland verschafft haben, zukommt. Nach Köln wird es mit sexuellen Delikten gegen deutsche Mädchen und Frauen weitergehen. Das bestätigte sich schon am 6. Januar, als am Hauptbahnhof Düsseldorf ein 15-jähriges Mädchen auf einer Sitzbank am Ende des Bahnsteigs von zwei Männern nachts sexuell belästigt wurde. Trotz Gegenwehr setzte ein 18-jähriger Syrer das Mädchen auf seinen Schoß und begann es unsittlich an Brust und Genitalien zu begabschen. Ein 20-jähriger Iraker hat die Jugendliche eben-

falls unsittlich angefasst und geküsst. Ein weiterer Iraker stand dabei und verhöhnnte das Opfer.

1. Verklemmte Geschlechterrolle im Islam

Zur Geschlechterrolle im Islam hat sich in der Süddeutschen Zeitung der palästinensisch-israelische Psychologe Ahmad Mansour, der in Berlin mit gefährdeten Jugendlichen und als Autor ("Generation Allah") arbeitet, geäußert:

"Daß Männer aus dem arabischen patriarchalen Raum Frauen verachten und als Freiwild betrachten, weil sie einen Minirock tragen oder allein ausgehen, das ist leider nicht neu. Es beginnt mit den Vorstellungen von Reinheit und Ehre, dass eine Frau ihre Jungfräulichkeit bewahren muss und sich öffentlich nicht zeigt. Und wenn sie sich nicht daran hält, hat sie eine verminderte Würde. Wobei ich nicht in jedem jungen muslimischen Mann den Kern des Problems sehe. Sie sind auch Opfer der patriarchalen Strukturen. Und natürlich gehören auch die Frauen dazu, die mitmachen: Mütter, die ihren Töchtern sagen, dass sie ja als Jungfrau in die Ehe gehen und bloß nicht zu viel lernen sollen. Und die Mädchen, die das übernehmen und alle anderen Mädchen abwerten, die kein Kopftuch tragen oder einen Freund haben. Dazu gehört der verklemmte Umgang mit der Sexualität, der dazu führt, dass Frauen im Mann nur den potenziellen Vergewaltiger sehen und Männer in der Frau den Besitz oder die Hure. Viele junge Muslime können nicht entspannt dem anderen Geschlecht begegnen. Das sind jedesmal hochsexualisierte Situationen. Auch das ist der Boden für den Exzess von Köln.

Es gibt ein Islamverständnis, das patriarchales und sexistisches Denken unterstützt. Das ist nicht mein Islamverständnis, aber es ist weit verbreitet. Wir arbeiten gegen

Sätze wie: "Lieber fünf kriminelle Söhne als eine verhurte Tochter" oder "Die Ehre eines Mannes steckt zwischen den Beinen einer Frau". Wir setzen dabei auf die jungen Männer selber, die den Gleichaltrigen sagen: Das sehen wir anders, unsere Ehre definieren wir anders - die Denkanstöße geben und Alternativen zeigen."

2. Die Erfahrungen mit gewalttätiger Ausländerkriminalität, vor allem jugendlicher Muslime

Viele Erfahrungen liegen schon längst von jungen muslimischen Männern im Berliner Bezirk Neukölln vor. Der frühere Bezirksbürgermeister von Neukölln Buschkowsky, der sich viel mit diesen Fragen herumgeschlagen hat, sagt das in seinem Best-Seller so:

"Arabische junge Männer haben bei mir hier einen Anteil von neun Prozent an der Bevölkerung, sie stehen aber für 50 Prozent aller Straftaten".

2014 hatten unter den Tatverdächtigen Ausländer vor allem bei schweren Verbrechen hohe Anteile, die bis zu viermal über dem Anteil an der Gesamtbevölkerung lagen, (Abb. 14037). Vor allem bei den Ausländern aus muslimischen Länder ist die Inzidenz sehr hoch (Abb. 19079). Die Kriminalität ist hier verbreitet Jugendkriminalität bis zum Alter von etwa 25 Jahren, während sie bei älteren Menschen weit weniger auffällt.

Dazu aus der Pressemitteilung der Gewerkschaft Strafvollzug vom September 2015:

„Der derzeitige Ausländeranteil in den deutschen Gefängnissen liegt in der Straftat bei rund 30 Prozent, während der Bevölkerungsanteil der Ausländer ca. 9 % beträgt. Völlig wertfrei lässt sich hieran ablesen, dass die Kriminalitätsbelastung von Ausländern gut dreimal höher zu sein scheint als bei Deut-

schen. Bei einer prognostizierten Zuwanderung in Höhe von einer Million Menschen, werden voraussichtlich in rd. 30.000 Fällen Strafverfahren durchgeführt werden müssen, die erfahrungsgemäß zu rd. 2.000 Verurteilungen zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung führen werden. Für diese Fälle werden die Bundesländer zusätzliche Haftplatzkapazitäten vorhalten müssen. Im Ergebnis fehlen dem Strafvollzug in Kürze damit insgesamt mindestens 11.000 Hafträume. Und mit jeder weiteren Million an Zuwanderern werden weitere 2.000 Hafträume benötigt werden.

Prof. Sonja Haug (Empirische Sozialforschung der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaft, Hochschule Regensburg) hat bereits im Oktober 2010 die Kurzexpertise “Jugendliche Migranten - muslimische Jugendliche, Gewalttätigkeit und geschlechterspezifische Einstellungsmuster” für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verfaßt. Sie stützt sich dabei auf die Arbeit des Kriminalforschungsinstituts Niedersachsen (KFN), das seit Jahren Studien und Schülerbefragungen durchführt, um die Kriminalität von Jugendlichen und insbesondere von Migrantenjugendlichen zu erforschen. Die wesentlichen Ergebnisse der Kurzexpertise:

“Die Muslime weisen eine besonders junge Altersstruktur auf: etwa 25 % sind bis 15 Jahre alt. Zum Vergleich: nur 11 % der Personen ohne Migrationshintergrund sind bis zu 15 Jahre alt. Etwa die Hälfte der Muslime sind unter 25-Jährige.

Kriminalität ist zu einem überwiegenden Teil Jugendkriminalität. Die Tatverdächtigen-Belastungsziffer bei Heranwachsenden (18-20-Jährige) liegt mit um ein Vielfaches höher als bei Erwachsenen.

Die Anteile der dreißig bei Körperverletzungsdelikten am häufigsten vertretenen nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen entsprechen weitge-

hend deren Anteil in der ausländischen Bevölkerung nach dem Ausländerzentralregister. Einige Gruppen sind jedoch überproportional vertreten, darunter afghanische, irakische, libanesische, marokkanische, mazedonische, nigerianische, serbische, syrische, tunesische und türkische Staatsbürger (Abb. 18086).

Ein Zusammenhang zeigt sich zwischen Bildung und Gewalt. Eine Verbesserung der schulischen Integration von Migrantenjugendlichen korreliert mit einer verringerten Gewalttäterquote. In Kreisen mit hoher Abiturquote unter türkischen Migrantenjugendlichen ist die Gewaltbereitschaft niedriger.

Faßt man die Integration auf den Dimensionen strukturell, sozial, kulturell und identifikativ zu einem Index zusammen, zeigt sich ein Zusammenhang mit der Gewalttäterschaft. So weisen hoch integrierte nichtdeutsche Jugendliche eine Gewaltprävalenz von 10 % auf, niedrig integrierte dagegen von 26 %. Bei türkischen Jugendlichen liegen die Werte zwischen 11 und 24 %.

Eine Ursache für die bei Migrantenjugendlichen weit verbreitete Gewalttätigkeit wird vom KFN in "gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen" gesehen. Männliche Jugendliche aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, dem nordafrikanischen sowie arabischen Raum weisen eine höhere Zustimmung auf, bei Jugendlichen aus der Türkei 24 % gegenüber nur 5 % aus Westeuropa oder Deutschland."

3. Gewalt gegen Frauen

Ein besonders finsternes Kapitel ist Gewalt gegen Frauen in bestimmten Migrantengruppen (die auch im deutsch-stämmigen Milieu viel zu sehr, wenn auch nicht so sehr verbreitet ist). Das Bundesfamilienministerium hat 2008 die Dokumentation über "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland" vorgelegt und dabei auch die

Gewaltprävalenzen bei türkischen und osteuropäischen Migrantinnen in Deutschland untersuchen lassen. Bei körperlicher und/oder sexueller Gewalt in Partnerschaften fällt - so die Dokumentation - vor allem die hohe Gewaltbetroffenheit türkischer Frauen auf, die deutlich über den Prävalenzen der Hauptuntersuchung und der Stichprobe osteuropäischer Migrantinnen liegt.

So hatten in der Hauptuntersuchung insgesamt 25% der Frauen angegeben, Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt zu haben, während die Frauen türkischer Herkunft mit 38% hier erheblich höher lagen (Abb. 19078). In der Türkei selbst scheinen die meisten Männer häusliche Gewalt gegenüber ihren Frauen für relativ normal zu halten. Eine Umfrage der türkischen Universität Kirikkale und der Organisation "Glückliche Kinder" unter 3.500 türkischen Männern ergab, daß die meisten der Befragten Gewalt gegen ihre Ehefrauen als völlig normal, sinnvoll und sogar praktisch empfinden (Abb. 17824).

13.01.16

Zu 8.: Neue Studie: Wir holen uns wieder die geringst Qualifizierten ins Land, nur diesmal ohne den Vorrat an gering qualifizierten Jobs (S.30)

Deutschland hat den Fehler schon einmal gemacht, als in den 60er Jahren junge muslimische Männer mit niedrigstem Bildungsniveau aus Dörfern und kleinen Städten Anatoliens in der Ost-Türkei an die Fließbänder des Ruhrgebiets geholt wurden. Sie hausten im Zuge der Landflucht in Slums um Istanbul, hatten eine abgeschlossene türkisch-traditionelle Sozialisation hinter sich und holten später Ehefrauen und andere Familienangehörige aus der Ost-Türkei nach. Ein gro-

ßer Teil lebt auch heute noch nicht integriert in Parallelgesellschaften deutscher Großstädte. In den 60er Jahren gab es noch in großem Umfang gering qualifizierte Jobs in Deutschland, so daß die erste Generation der Einwanderer sofort Beschäftigung fand.

Jetzt begehen wir wieder den gleichen Fehler, nur viel schlimmer, weil es jetzt nicht mehr den großen Vorrat an unbesetzten gering qualifizierten Jobs gibt, nachdem die weitgehend durch Automaten ersetzt wurden. Selbst die Fließbänder von einst arbeiten überwiegend mit Automaten. Niedrige Dienstleistungsjobs sind bereits mit Einheimischen oder Ausländern besetzt. Doch wieder holen wir uns vor allem muslimische Bevölkerung mit wenig Bildungsniveau ins Land, die ohnehin nach allen Erfahrungen aus der Vergangenheit schwer zu integrieren ist und zu konzentrierten Parallelgesellschaften in deutschen Großstädten neigt, und dann noch in Millionenstärke.

Nun hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die erste Studie vorgelegt, in der es Geschlechts- und Altersstruktur sowie Bildungsniveau von Migranten untersucht. Das Amt schreibt dazu in der Zusammenfassung:

“In der aktuellen Flüchtlingszuwanderung sind besonders die Herkunftsländer Afghanistan, Irak und Syrien relevant. Die Darstellung konzentriert sich daher auf Befragte aus diesen Staaten. Sie sind mehrheitlich unter 35 Jahre alt, männlich und haben ihren ersten Asylantrag zwischen 2007 und 2012 gestellt. Etwas mehr als ein Drittel aller in der Studie befragten Personen sind erwerbstätig. Geflüchtete Frauen partizipieren nur in sehr geringem Ausmaß und deutlich seltener als Männer am deutschen Arbeitsmarkt. Die ausgeübten Tätigkeiten sind auf einige Branchen und Berufe konzentriert und überwiegend auf einem geringen bis mittleren Qualifikationsniveau angesiedelt.”

Befragt wurden 2014 wurden rund 2.800 Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien im Alter zwischen 18 und 69 Jahren. Die Aussagekraft der Befragung ist schon deshalb zweifelhaft, weil sie schriftlich ohne die Möglichkeit weiterer Nachfrage erfolgte. Vor allem die schulische Vorbildung konnten die Befragten damit frei und wahrscheinlich aufwertend darstellen. Trotzdem ist der Anteil von Menschen ohne oder nur mit Hauptschulbildung (bis 9 Jahre) mit durchschnittlich 67 % bei Irakern, 52 % bei Syrern und 46 % bei Afghanen sehr hoch, zumal wenn man mit dem deutschen Durchschnitts-Anteil bei den Schulergebnissen von 2012 von nur 24 % vergleicht (Abb. 19081). Auch sind die Grundschulen in diesen Ländern überwiegend nicht auf dem Niveau deutscher Schulbildung.

Das Ergebnis der bisher einzigen systematischen Datenerfassung unter 12.000 Syrern ab 6 Jahren in der Türkei, die dort 2013 in den Lagern und außerhalb lebten, durch die türkische Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD) war ähnlich. Sie zeigte fast 58 % ohne Schul- oder nur mit Hauptschulabschluß oder gar als Analphabeten. In einem Bericht für die OECD vom Mai 2013 (Universal Basic Skills, What Countries Stand to Gain) fanden Hanushek und Wößmann aufgrund standardisierter Schülertests, daß ca. 65% der syrischen Schulabgänger nicht über Basiskenntnisse in Mathematik, Textverständnis und Logik verfügten.

Ebenso finster sieht es bei der Berufsschulbildung aus (Abb. 19082).

Deutsche Medien greifen die Studie dennoch sofort als Beleg für gute Chancen bei der Integration auf. SPIEGEL-online setzt über seinen Bericht beispielsweise die Schlagzeile “Jung, männlich, arbeitswillig”. Das soll gut klingen und über das miese Bildungsniveau und die schon jetzt hohe Arbeitslosigkeit dieser Menschen hinwegtäuschen. Immerhin leben die

meisten von ihnen schon seit vielen Jahren in Deutschland und sind dennoch zu zwei Dritteln immer noch ohne Erwerbstätigkeit.

Nach einer Untersuchung des staatlichen Instituts für Arbeitsmarktforschung und Berufsbildung waren im Juni 2013 schon fast zwei Drittel der gering qualifizierten Nicht-Deutschen arbeitslos, und noch 41 % der Deutschen (Abb. 18381, 18380). Auch stagniert die gering qualifizierte Beschäftigung schon seit Jahren (Abb. 19083). Das zeigt, wie extrem eng der Arbeitsmarkt für diese Bevölkerungsgruppe ist, und was wir sozialpolitisch auf uns nehmen, wenn wir in so großem Umfang gering Qualifizierte hereinlassen.

Wie soll das nur bei den neuen Millionen werden? Wer in der Bundesregierung oder den deutschen Medien hat je darüber nachgedacht? Hat man die Daten analysiert, wie ich das hier tue? Leute, die Ihr Euch verpflichtet habt, das Wohl unseres Landes zu schützen, an diesen und ähnlichen Daten kommt Ihr nicht vorbei!

17.01.2016

**Zu „Noch ein Keil zur sozialen Spaltung“ (S. 43):
Zuwanderung aus dem Ausland (seit 2010 schon mehr
als 3 Millionen) und die Folgen**

Was bei der derzeitigen Zuwanderung von Flüchtlingen oft vergessen wird, ist, daß sie sich zu einer Zuwanderungswelle aus der EU addiert. Denn wegen der Krise in Südeuropa sind seit dem Jahr 2010 im Saldo allein zwischen 2010 und 2014 bereits 1,14 Mio. Menschen aus der EU zugewandert. Die Gesamtzuwanderung mit dem Ausland belief sich von 2010 bis zum letztgemeldeten Monat Mai 2015 damit auf 2,1 Mio. Menschen (Abb. 19087). Dann setzte die große

Flüchtlingsschwellen mit einem Jahresergebnis für 2015 von 1,1 Mio. Menschen ein, die sich bisher in 2016 auf diesem Niveau fortsetzt. Zu besonderen Brennpunkten in der Konkurrenz mit der einheimischen Bevölkerung wird es am Arbeitsmarkt und bei bezahlbarem Wohnraum kommen.

Ein hoher Anteil der Zuwanderer, besonders unter den muslimischen Flüchtlingen, ist gar nicht oder nur gering für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert. Laut einer internen Präsentation der Bundesagentur für Arbeit besitzen rund 80 % keinerlei formale Qualifikation. Sie beherrschen auch nicht die deutsche Sprache. Enzo Weber, Experte für wirtschaftliche Prognosen am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, rechnet daher für 2016 damit, daß die Flüchtlingszuwanderung die Arbeitslosenzahlen um rund 130.000 nach oben treiben wird. Aber auch gering qualifizierte deutsche Arbeitnehmer sind mit 41 % zu einem hohen Anteil arbeitslos, obwohl sie nur 13 % der Beschäftigten stellen (Abb. 19085). Es sind diese Arbeitslosen, die vor allem in die Konkurrenz mit den meist gering qualifizierten Ausländern kommen. Die Situation würde sich noch erheblich verschärfen, falls die Flüchtlinge nur um den Preis von Ausnahmen am Mindestlohn am Arbeitsmarkt unterzubringen wären. Der Druck auf Aufnahmen wird enorm steigen, weil ohne Arbeit die Integration scheitern muß.

Im Wohnungsbau-Bereich fehlen bereits jetzt etwa 260.000 Wohnungen, die trotz Bedarfs in den Jahren 2009 bis 2015 nicht gebaut wurden, wie das Pestel-Institut im Auftrag des Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau errechnet hat (Abb. 19086); wegen der Zuwanderung wird für den Zeitraum bis 2020 mit einem jährlichen zusätzlichen Bedarf von 400.000 neuen Wohnungen gerechnet. Die Medien melden, in deutschen Metropolen hätten viele Haushalte ein so geringes Einkommen, daß ihnen eigentlich eine öffentlich geför-

derte Wohnung zustehe - in Berlin sollen es 55 %, in Hamburg, Köln und Nürnberg 40 % oder mehr sein. Doch auf dem freien Markt finden sie kaum entsprechend bezahlbaren Wohnraum. Die Vermittlungsportale Immowelt und Immonet haben die auf ihnen eingestellten Mietwohnungsangebote von Januar bis September 2015 für acht deutsche Großstädte ausgewertet. In sieben der acht Städte war der Anteil günstiger Wohnungen mit maximal 15 % weitaus geringer als der Anteil berechtigter Haushalte. Das läßt einen bitteren Kampf um bezahlbaren Wohnraum erwarten.

Dabei sind alle diese Prognosen auf sehr dünnem Eis angelegt. Sollte es zu einem weiteren globalen Konjunktur-einbruch kommen, wofür viele Zeichen schon an der Wand stehen, so würde nicht nur der deutsche Arbeitsmarkt einbrechen, sondern auch die Zuwanderung von arbeitslosen EU-Ausländern auf den vergleichsweise besseren deutschen Arbeitsmarkt steigen, gegen die es keine Schutzmaßnahmen gäbe.

20.01.16

Zu „Grenzen der Integration“ (S. 23): Warum die Integration mißlingen muß: Keine Lösung für die Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten

Als gering qualifiziert werden Personen bezeichnet, die keine formale berufliche Qualifikation haben. Im Jahr 2013 waren es rund 6,5 Mio. Menschen. Dazu gehörten in Westdeutschland 4,7 Mio. Erwerbstätige zu dieser Gruppe. Dem stand mehr als 1 Mio. gering qualifizierte Arbeitslose gegenüber. Dies entsprach einer Quote von über 18 %. Somit war fast jeder fünfte Geringqualifizierte von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Zunahme an Geringqualifizierten in Deutschland geht vor allem auf das Konto der Zuwanderung aus Ländern mit weit geringerem Bildungsniveau, vor allem muslimischen. Die tertiäre Bildungsbeteiligung in Nordafrika und dem mittleren Osten ist weniger als halb so hoch als in der Kern-EU (Abb. 18997). In muslimischen Ländern ist vor allem die Ausbildung bei Frauen sehr gering, wie das Beispiel der Frauen mit türkischem Hintergrund zeigt (Abb. 18544). Der Anteil der Frauen mit berufsqualifizierendem Abschluß lag 2012 für Frauen aus dem Nahen und Mittleren Osten bei nur 41,7 %, für Frauen aus der Türkei sogar nur bei 17,9 % gegenüber 65 % für Frauen ohne Migrationshintergrund (Abb. 19089).

Diese Situation mangelnder Bildung der Frauen überträgt sich auf die Kinder, die vom Bildungsniveau der Mütter weit abhängiger sind als von dem der Väter, die sich in traditionellen muslimischen Familienstrukturen ohnehin relativ wenig um die Erziehung ihrer Kinder im Vorschulalter kümmern. Die traditionelle Situation dauert auch nach Zuwanderung in Deutschland an, zumal die Kinder weit weniger oft in den Kindergarten kommen als deutsche Kinder. Wenn Zuwanderer in Parallelgesellschaften mit wenig Kontakt zur deutschen Bevölkerung leben, bleibt so der Bildungsabstand über Generationen erhalten.

Mit mehr Zuwanderung aus bildungsschwachen Ländern steigt der Anteil der Geringqualifizierten am deutschen Arbeitsmarkt. Laut einer internen Präsentation der Bundesagentur besitzen rund 80 % aus der derzeitigen Zuwanderungswelle keinerlei formale Berufsqualifikation. Andererseits werden immer mehr geringqualifizierte Tätigkeiten durch Automaten ersetzt, stehen also immer weniger Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zur Verfügung. Nur noch 14 % der Arbeitsplätze in Deutschland sind nach einer IAB-Studie für Geringqualifizierte geeignet. Eine neuere Abschätzung

der ING-Diba Bankk sieht längerfristig 85 % der Jobs für Hilfsarbeitskräfte als durch die Automatisierung bedroht.

Im Ergebnis wächst der Anteil der Arbeitslosen unter den Geringqualifizierten immer höher. Er lag in den 70er Jahren noch bei wenig über 5 % fast in der Größenordnung der allgemeinen Arbeitslosenquote und stieg dann in Schüben immer weiter bis gegen 25 %. Trotz einer relativ guten allgemeinen Arbeitsmarktsituation lag er im letztgemeldeten Jahr 2013 bereits seit 5 Jahren bei 20 % und damit dreimal höher als im Durchschnitt der Bevölkerung (Abb. 19088). Geringqualifizierte sind achtmal häufiger arbeitslos als Hochschulabsolventen und viermal öfter als beruflich Qualifizierte, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einem Kurzbericht feststellt. Mit dem derzeitigen Zustrom von Menschen aus bildungschwachen Ländern in Millionenstärke wird sich die Situation noch dramatisch verschlechtern.

Da ohne Beschäftigung zu angemessenen Löhnen die Integration von Menschen aus ganz anderen Kulturräumen erst recht mißlingen muß, geht Deutschland sehr schweren Zeiten entgegen. Das deutsche Bildungssystem ist längst nicht ausreichend vorbereitet, um daran viel zu ändern. Mit hoher Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten werden die Ghettobildung und auch die Kriminalität erheblich zunehmen. Gleichzeitig werden die sozialen Lasten für die übrige Bevölkerung drastisch steigen. Die Bundesregierung hat bisher immer noch keinen konkreten Plan vorgelegt, wie sie diese Situation beherrschen will. Sollte der Arbeitsmarkt mal wieder einbrechen, so wird die Situation erst recht unbeherrschbar werden.

28.01.16

Zu „Noch ein Keil zur sozialen Spaltung“ (S. 43): Wie die Immigration auf die Löhne drückt

Der Druck auf die Löhne eines Landes durch Immigration hängt vom Umfang der Immigration und der beruflichen Qualität der Immigranten ab. Gut ausgebildete und anspruchsvoll beschäftigte Immigranten füllen Beschäftigungslücken aus, ohne das Lohnniveau entscheidend zu beeinflussen. Schlecht ausgebildete Immigranten steigen dagegen in gering qualifizierte und niedrig bezahlte Jobs ein, wo die Konkurrenz ohnehin schon sehr stark ist und senken, wenn sie in großer Zahl kommen, von unten her durch den Verdrängungswettbewerb auch die Löhne in den von der Qualität her darüber liegenden Jobs. In Deutschland kommen vor allem derzeit Flüchtlinge aus gering entwickelten muslimischen Ländern mit vergleichsweise wenig Bildung an, und sie kommen in großer Zahl. Insgesamt hatte Deutschland schon 2015 nach Schweden den höchsten Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung, noch vor den klassischen Einwanderungsländern USA und Großbritannien (Abb. 19103). Nach der Begrenzung in Schweden, wird Deutschland wahrscheinlich noch in diesem Jahr die Spitze übernehmen.

Sofort ist in Deutschland eine Diskussion um den gerade erst eingeführten Mindestlohn ausgebrochen, weil ohne ihn diese Migranten leichter in den Arbeitsmarkt zu integrieren wären und weil die Migranten als Argument der profitungrigen Unternehmer dienen, den verhassten Mindestlohn auszuhebeln. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fordert in seinem neuen Jahresgutachten:

“Der Mindestlohn dürfte für viele Flüchtlinge eine hohe Eintrittsbarriere darstellen. Angesichts des steigenden Arbeitsangebots im Niedriglohnbereich sollte der Mindestlohn keinesfalls erhöht werden. Arbeitsuchende anerkannte Flüchtlinge sollten von Beginn an als langzeitarbeitslos betrachtet werden, und die Ausnahme vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose in einer neuen Beschäftigung sollte von sechs auf zwölf Monate verlängert werden. Praktika sollten zumindest bis zu einer Dauer von zwölf Monaten vom Mindestlohn ausgenommen werden. Ein nach Alter gestaffelter Mindestlohn könnte die Eintrittshürde für junge Erwachsene senken.”

Andererseits schreibt selbst der ökonomische Chefkommentator der liberalen und wirtschaftsnahen Financial Times am vergangenen Mittwoch:

“Der Anteil der Migranten an den Bevölkerungen ist scharf hochgesprungen. Es ist schwer zu argumentieren, daß dies große ökonomische, soziale und kulturelle Vorteile für die Masse der Bevölkerung gebracht hätte. Aber es hat fraglos denen an der Spitze, einschließlich Business, genützt.”

Verdrängte deutsche Obdachlose

Billiger Wohnraum ist längst knapp in Deutschland geworden. Es fehlen bereits jetzt etwa 260.000 Wohnungen, die trotz Bedarfs in den Jahren 2009 bis 2015 nicht gebaut wurden. Die BAG Wohnungslosenhilfe ermittelte einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland: 2014 waren ca. 335.000 Menschen ohne Wohnung - seit 2012 ist dies ein Anstieg um ca. 18 %.

In deutschen Metropolen haben viele Haushalte ein so geringes Einkommen, daß ihnen eigentlich eine öffentlich geförderte Wohnung zusteht - in Berlin sollen es 55 %, in Hamburg, Köln und Nürnberg 40 % oder mehr sein. Doch auf dem

freien Markt finden sie kaum entsprechend bezahlbaren Wohnraum. Die Vermittlungsportale Immowelt und Immonet haben die auf ihnen eingestellten Mietwohnungsangebote von Januar bis September 2015 für acht deutsche Großstädte ausgewertet: In sieben der acht Städte war der Anteil günstiger Wohnungen mit maximal 15 % weitaus geringer als der Anteil berechtigter Haushalte.

Nun bekommen den Verdrängungswettbewerb auch noch die Obdachlosen zu spüren, deren Heime profitabler an Flüchtlinge zu vermieten sind. In Berlin hatte Martin Zwick, der Leiter der Berliner Stadtmission, schon im vergangenen November im Tagesspiegel von einer Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und Obdachlosen gesprochen. Es fehle schlicht an genügend Unterkünften. Ebenso hatte sich Stadtrat von Dassel über “skrupellose Hostelbetreiber” beschwert, die notdürftig eingerichtete Zimmer mit zu vielen Flüchtlingen belegten und dafür bis zu 50 Euro pro Kopf aus öffentlichen Geldern kassierten: “Mit einem winzigen Zimmer können so Einnahmen bis zu 4500 Euro, mit einer überbelegten Wohnung oder Gewerbefläche bis zu 30 000 Euro verdient werden - monatlich. Daß solche Hostels ihre Einnahmen versteuern, glaubt niemand.”

So wurde in Moabit jetzt dem Betreiber eines Heims für wohnungslose Männer gekündigt. Bis Ende Januar sollen sie ihr Heim verlassen haben, 32 wohnungslose, teilweise schwer alkoholranke Männer. Einige leben schon seit vielen Jahren im “Gästehaus Moabit”. Neuer Betreiber ist ein Unternehmen, das Hostel- sowie Wohnheimplätze anbietet und dort unter anderem Flüchtlinge beherbergt. Mit Flüchtlingen lässt sich wesentlich mehr Geld verdienen, weil die Vorgaben zur Belegung niedriger sind. Gab es bisher Einzelzimmer im Gästehaus, könnten künftig drei Personen pro Zimmer untergebracht werden, insgesamt rund 100 Flüchtlinge. Bezahlt wird jeweils pro Kopf und Tag, also verdreifachen sich auch die Einnah-

men. Nach Tagesspiegel-Informationen zahlt der neue Betreiber dem Eigentümer mehr als die doppelte Miete. Bei dieser Miete soll eine Belegung der Zimmer mit einer Person nicht mehr möglich sein. Die Räume sind nur bis zu 25 Quadratmeter groß.

Zu 8. "Grenzen der Integration": Wenig Integration in den Arbeitsmarkt

Gering qualifizierte Arbeitnehmer sind mit einem hohen Anteil von 41 % an allen Arbeitslosen arbeitslos, obwohl sie nur 13 % der Beschäftigten stellen (Abb. 19085). Unter Menschen mit Migrationshintergrund betrug schon 2013 der Anteil derer, die von öffentlicher Unterstützung leben, mehr als das Doppelte dessen von Menschen ohne Migrationshintergrund; von eigener Arbeit lebten nur 39 %, mit türkischen Hintergrund sogar nur 33 % - und das oft Menschen, die schon in Deutschland geboren wurden (Abb. 18747). Die Armutsquote lag 2014 bei mehr als dem Doppelten der einheimischen Bevölkerung (Abb. 18971).

Nach bisherigen Erfahrungen dauert es 10 Jahre bis wenigstens 60 % der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt in was auch immer einer Form ankommen (Abb. 19101).

Bei einer amtlichen Befragung von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien im Alter zwischen 18 und 69 Jahren, die ihren ersten Asylantrag schon zwischen 2007 und 2012 gestellt haben und damit schon viele Jahre lang in Deutschland leben, waren nur 40 % erwerbstätig, bei Syrern sogar nur 26,5 % (Abb. 19102), wobei die Qualität der Jobs nicht nachgefragt wurde. Geflüchtete Frauen partizipieren nur in sehr geringem Ausmaß und deutlich seltener als Männer am deutschen Arbeitsmarkt.

Kein Bock auf Bildung

Berufsbildung ist für den Zugang zum Arbeitsmarkt entscheidend, denn nur noch 14 % der Arbeitsplätze in Deutschland sind für Geringqualifizierte geeignet. Gerade hier legt ein großer Teil der Flüchtlinge die Bremsen ein und will nur schnell in Hilfsjobs Geld verdienen; teilweise drängen die zu Hause gebliebenen Angehörigen auf Geld. Nach Angaben von Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, ist den Schutzsuchenden der hohe Stellenwert von beruflicher Ausbildung in Deutschland nicht bewusst. Christian Rauch, Chef der Regionaldirektion der Arbeitsagenturen in Baden-Württemberg, berichtet, daß die Arbeitsvermittler in Gesprächen mit arbeitsberechtigten Flüchtlingen bisher nur etwa 20 % von den Vorteilen einer Lehre hätten überzeugen können. In Bayern haben 70 % der Flüchtlinge, die im September 2013 eine Ausbildung begannen, sie inzwischen wieder abgebrochen.

Zu 7. „Fluchtursachen“: 60 % Wirtschaftsmigranten

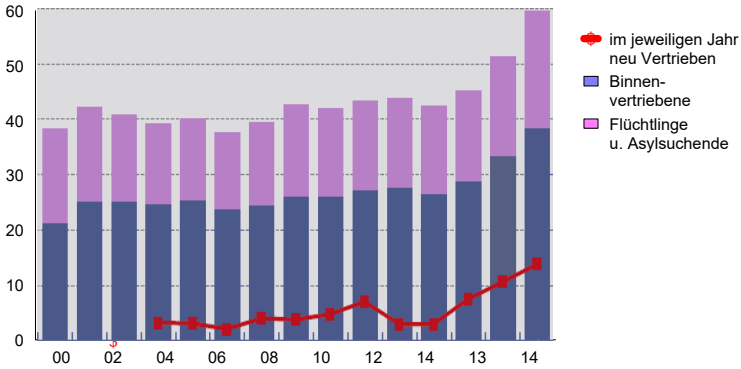
Man muß leider auch vermuten, daß das Bewußtsein, in einer Demokratie zu leben, bei vielen Menschen, wenn nicht Mehrheiten, erheblichen Schaden nimmt, wenn eine so für das ganze Land schicksalsträchtige Entscheidung, wie der Verzicht auf die normale Zugangskontrolle für Immigranten, von einer Person einsam und allein gefällt werden kann. Es wird umso schlimmer, wenn dabei in der Mehrzahl ungeprüft Menschen ins Land kommen können, die als reine Wirtschaftsmigranten gar keinen Asylanspruch haben. So erklärte am letzten Mittwoch der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, zuständig auch für Flüchtlingspolitik, auf der Basis bisher noch unveröffentlicher

Zahlen der EU-Grenzschutzagentur Frontex für den Monat Dezember: "Mehr als die Hälfte der Menschen, die jetzt in Europa ankommen, stammen aus Ländern, bei denen man annehmen kann, dass sie keinen Grund haben, einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Mehr als die Hälfte, 60 %."

Durch das einseitige Hereinwinken von Flüchtlingen wäre also Deutschland in starkem Umfang mit Wirtschaftsmigranten überlastet worden. Deren Abschiebung wird nun sehr schwer und teilweise wegen Abtauchens in die Illegalität oder mangelnder Kooperation der Herkunftsländer unmöglich oder bei immer noch weitgehend offenen Grenzen sinnlos sein. Auch Schweden, das eine vollständige Kontrolle über seine Grenzen eingeführt hat, muß nun fast die Hälfte der Asylsuchenden wieder außer Landes bringen und rechnet dafür mit mehreren Jahren. Deutschland muß wegen der offenen Grenzen weiter damit rechnen, daß weit mehr Wirtschaftsmigranten hereinkommen, als abgeschoben werden können. Die Willkommenskultur hat einen enormen Mißbrauch des Asylrechts ermöglicht, und das zum Nachteil der echten Flüchtlinge.

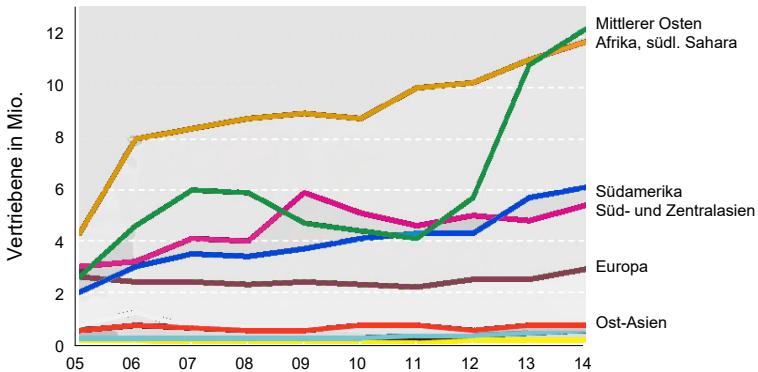
Nachträge “Die 2. Völkerwanderung hat begonnen”

19051: Verteilung im 21. Jhd in Mio. (2000-2014)



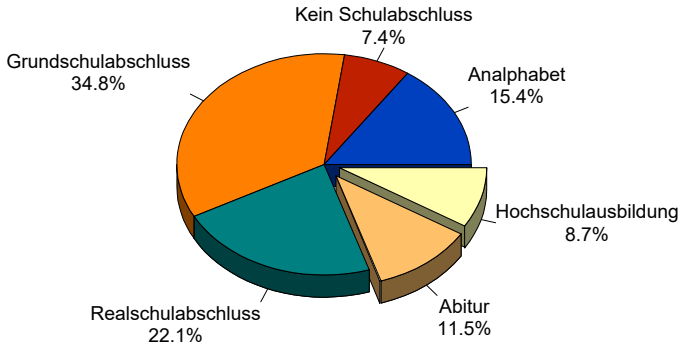
Quelle: UN Bevölkerungsfonds 2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19052: Zahl der Vertriebenen nach Region



Quelle: UN Bevölkerungsfonds 2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19017: Bildungsstand der Syrer in der Türkei 2013



Quelle: Republic of Turkey Prime Ministry Disaster and Emergency Management Presidency, Syrian Refugees in Turkey, 2013. Erfaßt sind 12.000 Menschen ab 6 Jahre. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

The Telegraph
EU buckles as
Merkel's
migrants
reach the 1m
mark

THE TIMES

ISS | Money | Sport | Life | Arts | Puzzles | Papers | Irish news |

Thursday, December 10

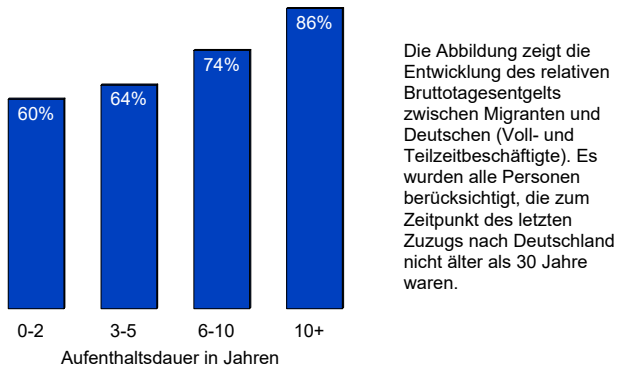
David Cameron: Migrant crisis could force Brexit as voters say 'get me out of here'

The Prime Minister says that the “short term reaction” of British people to the flood of migrants entering Europe will be to think “get me out of here” and consider voting for Britain to leave the EU



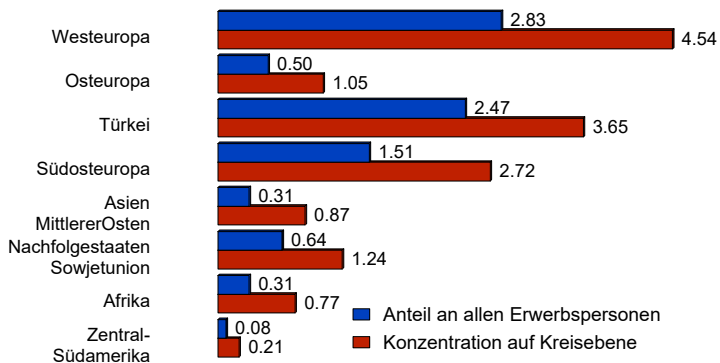
File photo: David Cameron has accepted there will be no deal before February – and the prospect of Brexit appears closer than ever. Photo: AP

19066: Lohnniveau von Migranten im Verhältnis zu den Löhnen von Deutschen, Relative Lohnhöhe in Prozent



Quelle: IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und IEB, 25/2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

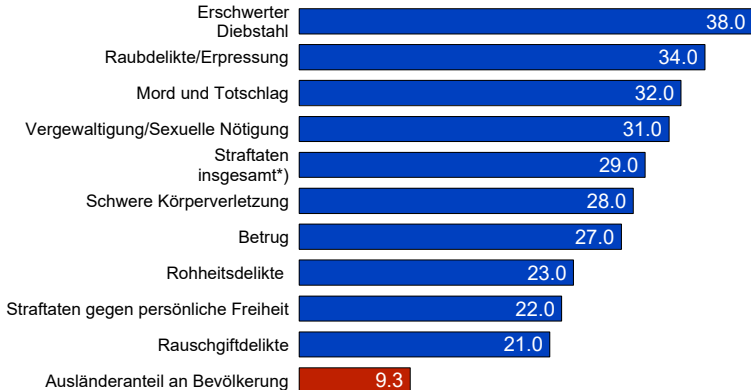
19067: Konzentration von Migranten in Deutschland nach Herkunftsregion 2013, Anteile der Erwerbspersonen in Prozent



Quelle: IAB 25/2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Nachträge "Die 2. Völkerwanderung hat begonnen"

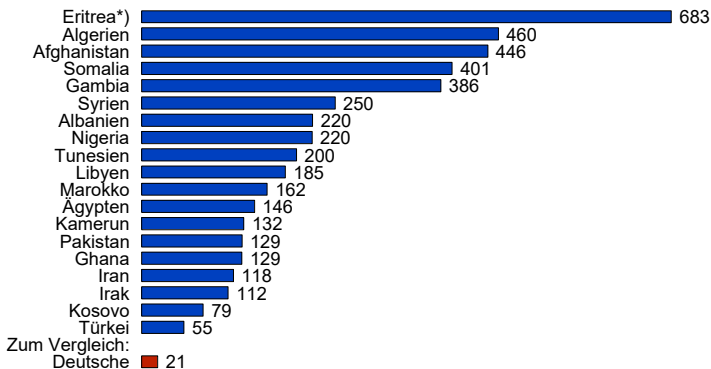
14037: Ausländeranteil an Tatverdacht bei schweren Verbrechen 2014 in % von allen Tatverdächtigen



Quelle: Bundeskriminalamt. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

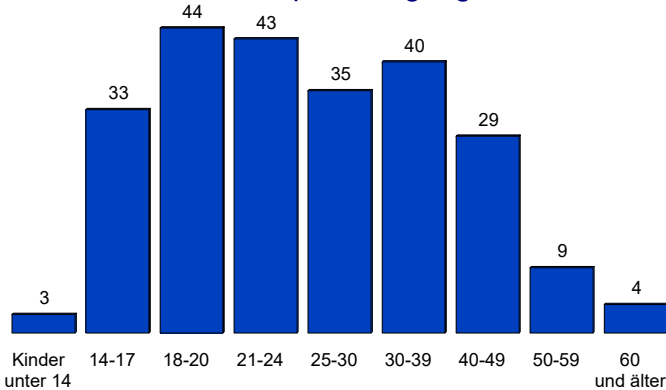
*) ohne Straftaten geg. AufenthaltsG, AsylverfahrensG, Freizügigkeits-G

19079: Tatverdächtige pro 1.000 Ausländerbevölkerung aus muslimischen Länder 2014



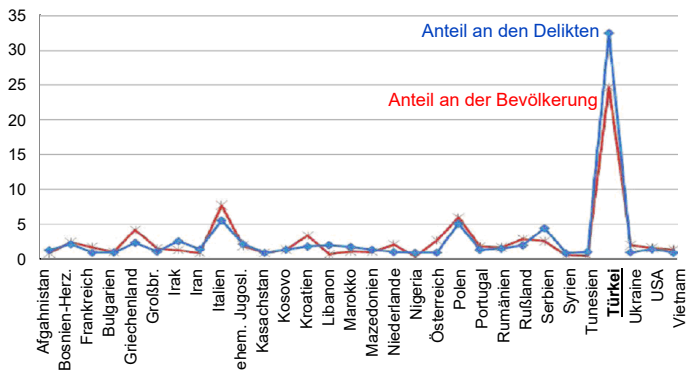
Quelle: Kriminalstatistik 2014. *) teils muslimisch

19080: Türkische Tatverdächtige nach Alter und Zahl der Straftaten pro Jahrgang in 1.000



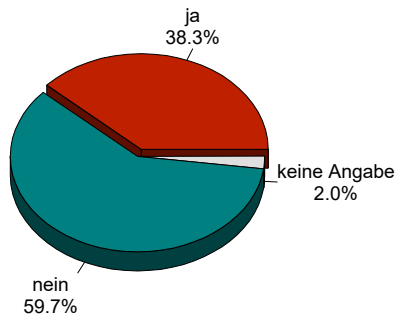
Quelle: Kriminalstatistik 2014. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18086: Anteil an Körperverletzungsdelikten unter Nicht-Deutschen und Anteil an der ausländischen Bevölkerung



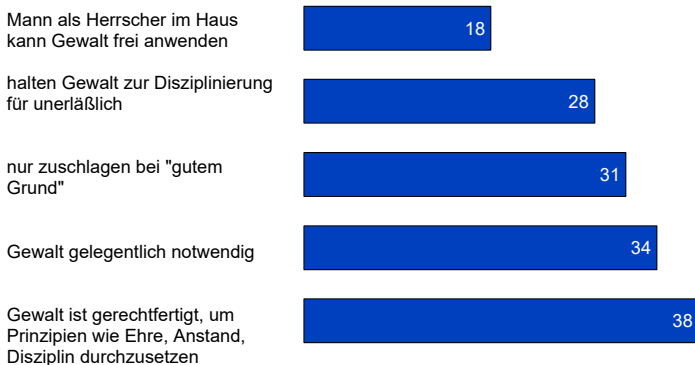
Quelle: Prof. Haug, Kurzexpertise "Jugendliche Migranten - muslimische Jugendliche, Gewalttätigkeit und geschlechterspezifische Einstellungsmuster" für das Bundesfamilienministerium, Okt.2011. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

1978: Körperliche und/oder sexuelle Gewalt in Paarbeziehungen bei Migrantinnen türkischer Herkunft



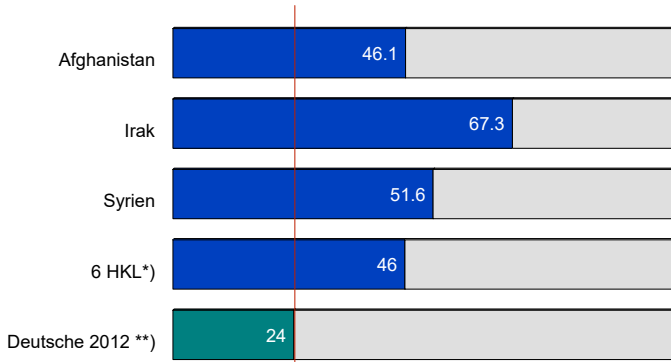
Quelle: Dokumentation des Bundesfamilienministeriums 2008, Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

17824: Umfrage der türkischen Universität Kirikkale und der Organisation "Glückliche Kinder" unter 3.500 türkischen Männern zu häuslicher Gewalt gegenüber ihren Frauen - Antworten in %



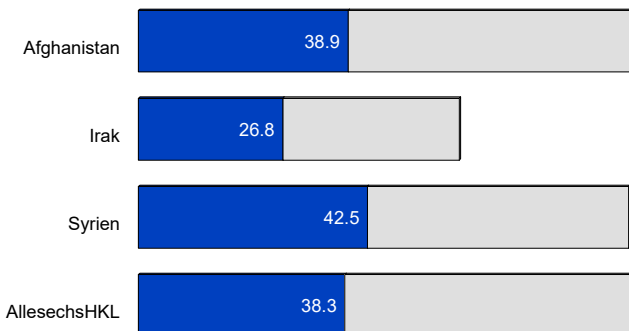
Quelle: "Die Welt" vom 20. 4. 2013. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19081: Anteil ohne Schulbesuch und bis zu 9 Jahren in %



Quelle: BMAF, Flüchtlingsstudie 2014, *) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien; **) Hauptschule. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

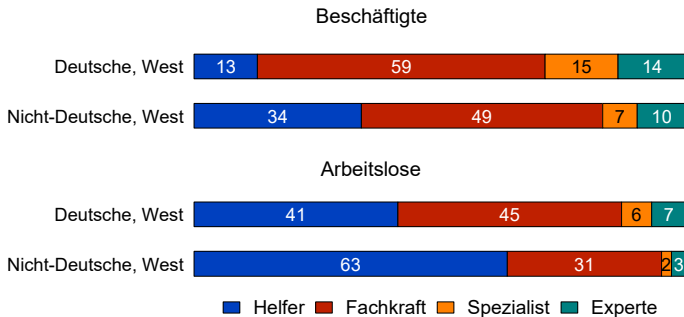
19082: Anteil ohne Berufsschulbildung in %



Quelle: BMAF, Flüchtlingsstudie 2014, *) Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien; **) Hauptschule. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

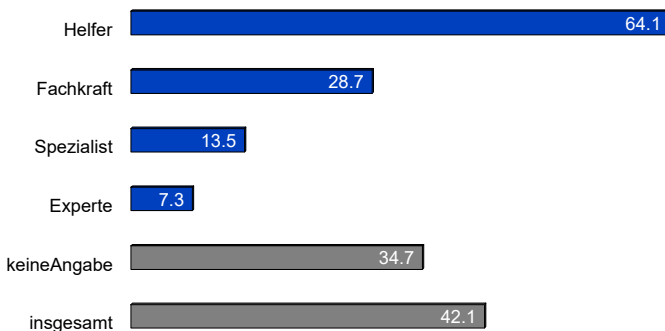
Nachträge "Die 2. Völkerwanderung hat begonnen"

18381: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach dem Anforderungsniveau des ausgeübten bzw. angestrebten Berufs, Anteile in %



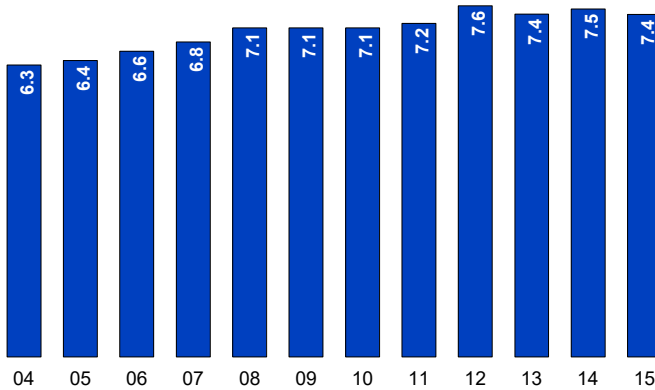
Quelle: IAB, Kurzbericht 11/2014. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18380: Arbeitslosenquote nach Zielberuf für 35- bis 64-Jährige in % Juni 2013



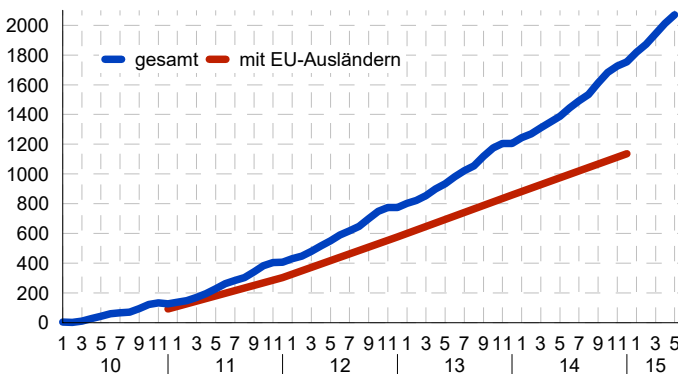
Quelle: IAB, Kurzbericht 11/2014. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19083: Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland in Mio



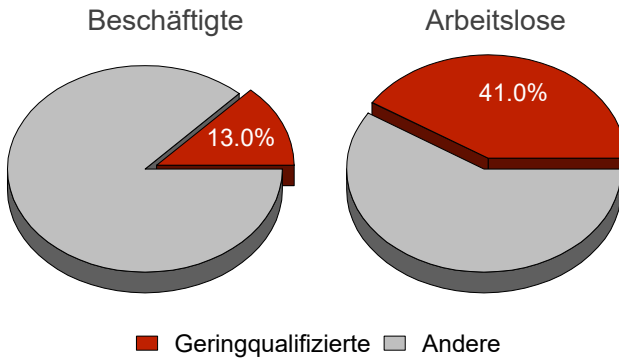
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19087: Wanderungsbilanz von Ausländern nach und von Deutschland seit 2010 in 1.000



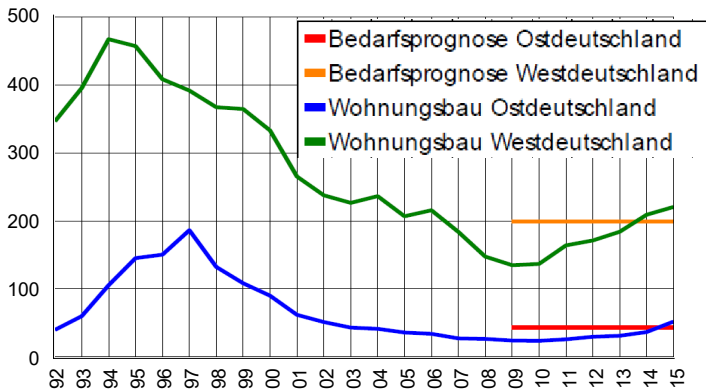
Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

1985: Anteil Geringqualifizierter an Beschäftigten und Arbeitslosen Deutschland-West 2014



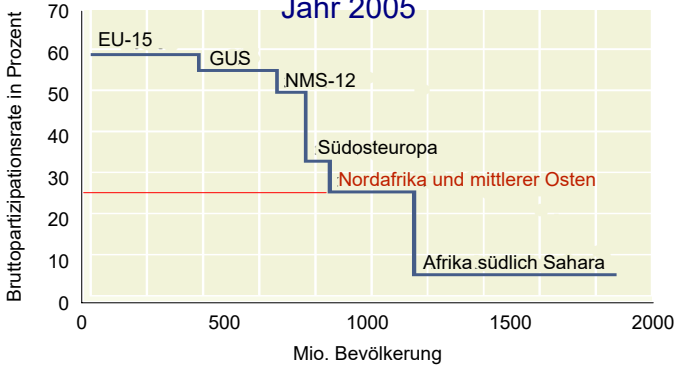
Quelle: IAB, Kurzbericht 11/2014. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

1986: Wohnungsbedarfsprognose nach BBSR und Ist-Status in Ost- und Westdeutschland in 1.000



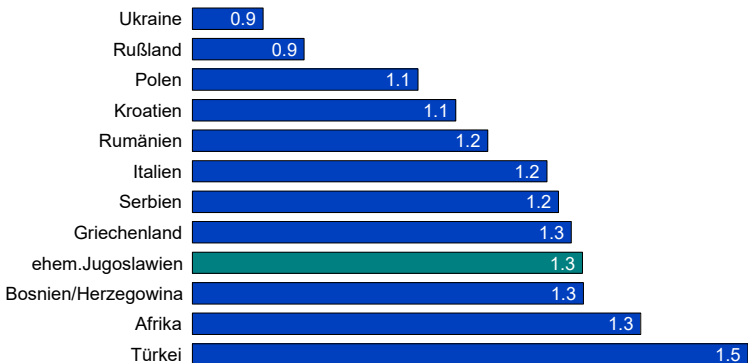
Quelle: Kurzstudie Pestel-Institut, Sept. 2015, BBSR=Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18997: Tertiäre Bildungsbeteiligung und Bevölkerung im Jahr 2005



Quelle: IAB 1/2008. Berechnet sind die Bruttopartizipationsraten (gross school enrolment rates) der relevanten Jahrgänge in tertiärer Bildung und Ausbildung; GUS = Gemeinschaft Unabhängiger Staaten; NMS = Neue Mitgliedstaaten der EU. Datenquelle: Weltbank (2007). © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

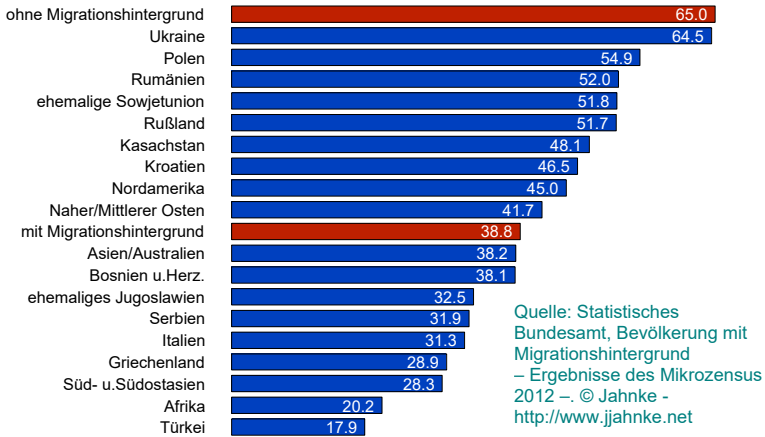
18544: Diskriminierung der Frauen mit Migrationshintergrund bei qualifizierendem Berufsbildungsabschluß*)



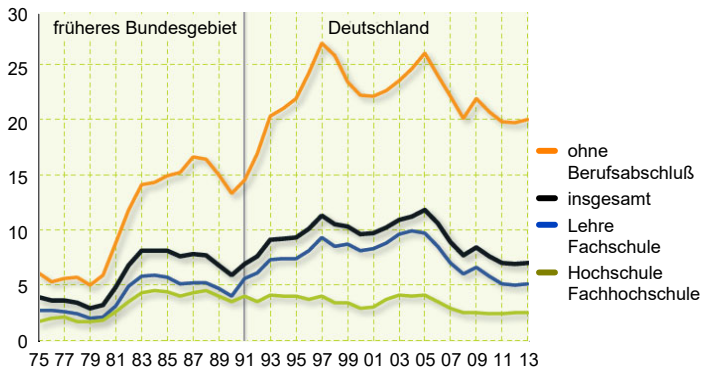
Quelle: Statistisches Bundesamt 2013, *) Anteil der Männer mit Abschluß zu Anteil der Frauen. © Jahnke - <http://www.jahnke.net>

Nachträge “Die 2. Völkerwanderung hat begonnen”

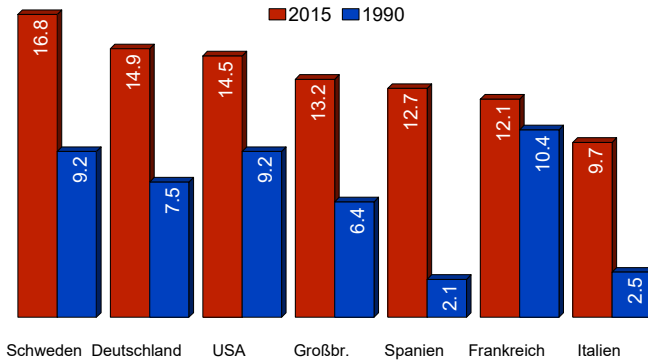
19089: Anteil der Frauen mit berufsqualifizierendem Bildungsabschluß in %



19088: Arbeitslosenquoten nach Berufsqualifikation in %

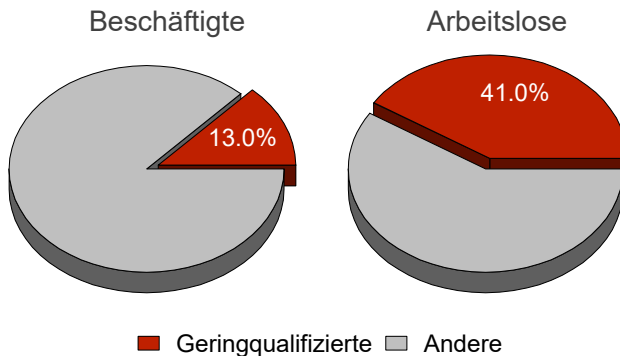


19103: Anteil der Migranten an der Bevölkerung in %



Quelle: UN. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

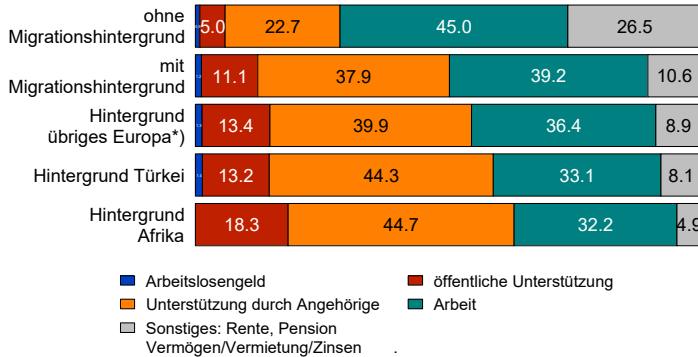
19085: Anteil Geringqualifizierter an Beschäftigten und Arbeitslosen Deutschland-West 2014



Quelle: IAB, Kurzbericht 11/2014. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

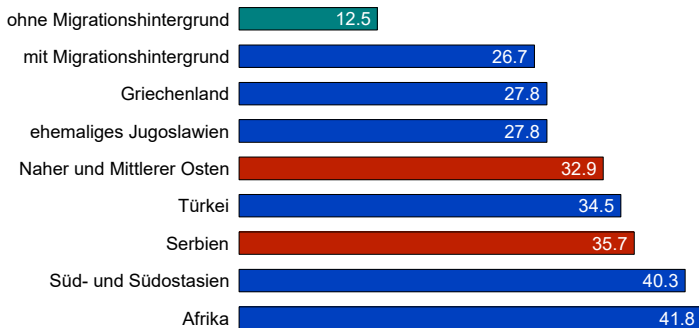
Nachträge “Die 2. Völkerwanderung hat begonnen”

18747: Überwiegender Lebensunterhalt nach Migrationsstatus



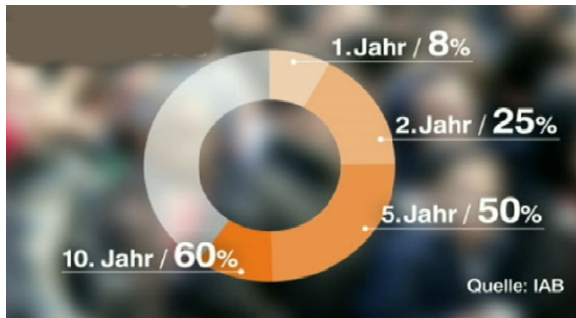
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2013 –, *) ohne EU28. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18971: Armutsquoten: Anteile an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014 in %



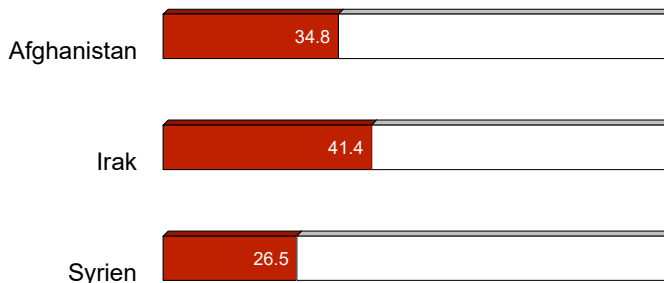
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 - 2.2. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19101: Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt



Quelle: IAB. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

19102: Anteil der erwerbstätigen Flüchtlinge mit Asylantrag 2007/12 zwischen 18 und 69 Jahren und nicht in Ausbildung in %



Quelle: BAMF-Kurzanalyse 01|2016. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>